

Niederschrift über die Vorstandssitzung am 21. Februar 2014 in Stuttgart

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 12.25 Uhr

Anwesend (alphab.):

VRVG Albers (Freiburg)

RVGH Paur (Mannheim)

RinVG Philippi (Sigmaringen)

RinVG Roth (Stuttgart)

RVG Dr. Schenk (Landesvorsitzender)

RinVGH Schiller (Mannheim)

als Gäste zu TOP 2 bis 11.55 Uhr: Frau Dr. Meßling und Frau Dr. Wunderle vom Justizministerium Baden-Württemberg sowie PinVG Schraft-Huber, die die Anwesenden in Stuttgart willkommen heißt.

Protokoll: RinVG Roth

TOP 1: Begrüßung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden.

TOP 2: Gespräch mit Frau Dr. Meßling und Frau Dr. Wunderle (Landesjustizministerium) über die „Eckpunkte“ zur geplanten Einführung von Stufenvertretungen Vorbereitung einer Stellungnahme zu den „Eckpunkten“

Der Vorstand des Vereins begrüßt die Eckpunkte 1 bis 6 sowie 11 uneingeschränkt. Sie entsprechen im Wesentlichen den Vorstellungen, die er schon in seiner Stellungnahme vom 8. September 2013 niedergelegt hat.

Die in den Eckpunkten vorgesehene Hauptstufenvertretung liegt aber nach Auffassung des Vorstands nicht im Interesse der vom Verein vertretenen Verwaltungsrichterrinnen und Verwaltungsrichter. Er hält ein eigenes Beteiligungsgremium für jede Gerichtsbarkeit weiterhin für vorzugswürdig.

Vorschläge für Verbesserung innerhalb des vom Justizministerium vorgeschlagenen Beteiligungssystems:

- Bei Maßnahmen des Justizministeriums, die ausschließlich eine Gerichtsbarkeit betreffen, wird nicht der „Landesrichter- und -staatsanwaltsrat“, sondern die jeweilige Bezirksstufenvertretung beteiligt.
- Eine Maßnahme gilt nur dann als beschlossen, wenn mindestens zwei Vertreter der Fachgerichtsbarkeiten zustimmen.

TOP 3: Weiteres Vorgehen hinsichtlich der geplanten Kürzungen des Justizhaushalts

Der Vorsitzende wird ein Schreiben verfassen.

Es soll u.a. auf Folgendes hingewiesen werden:

- Justiz kann Wegfall von Richterstellen nicht verkraften.
- Mit Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und elektronischer Akte wird es zu einer Mehrbelastung kommen.

TOP 4: Vorgehen hinsichtlich der Einführung von elektronischem Rechtsverkehr und elektronischer Akte

Bei den Gerichten wurden Arbeitsgruppen gebildet. Diese werden zum Grobkonzept Stellung nehmen. Der Verein wird sich derzeit nicht weiter äußern.

TOP 5: Vorbereitung einer Stellungnahme zum „Entwurf einer Verordnung des Justizministeriums zur Übertragung richterlicher Aufgaben“ (Anhörung vom 27. Januar 2014)

§ 4 des Verordnungsentwurfs, der die Interessen der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter berührt, entspricht inhaltlich der vom Verein in der Stellungnahme vom 6. September 2013 vorgeschlagenen Regelung.

TOP 6: Modernisierung der Satzung und ihre Anpassung an die Satzungen des BDVR und VGT e.V.

Es besteht Einigung darüber, dass die Anpassung der Satzung in Angriff genommen werden soll. Der Vorsitzende bittet darum, dass sich dem ein Vorstandsmitglied annimmt.

TOP 7: Steigerung der Attraktivität der Internetseite

Derzeit nicht vorrangig. Ideen können gesammelt werden.

TOP 8: Sonstiges

gez. Dr. Schenk (Landesvorsitzender)

gez. Roth (Protokoll)